

Stadt Sulzburg  
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Stadt Sulzburg  
über die Aufhebung der förmlichen Festlegung  
des Sanierungsgebietes  
„Ortsmitte Laufen“

Aufgrund von § 162 des Baugesetzbuches (BauGB) und § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der jeweils gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Stadt Sulzburg in seiner Sitzung am 07.04.2022 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**

Die Satzung der Stadt Sulzburg über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Ortsmitte Laufen“ vom 03.12.2009 (Rechtskraft vom 18.12.2009) einschließlich der I. Erweiterung vom 02.10.2013 wird aufgehoben.

Der Lageplan vom 26.11.2009 mit Stand vom 02.10.2013 ist Bestandteil der Satzung.

**§ 2**

Diese Satzung wird gemäß § 162 Abs. 2 BauGB mit ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Stadt Sulzburg, den

Dirk Blens  
Bürgermeister

# Lageplan vom 26.11.2009 mit Stand vom 02.10.2013



Stadt Sulzburg  
Sanierung "Ortskern Laufen"

Förmliche Festlegung  
nach § 142 BauGB

Grenze des Sanierungsgebietes  
mit 1. Erweiterung



Stand: 02.10.2013

Lageplan vom 26.11.2009

Kommalkonzept  
Sanierungsgesellschaft mbH



Gemeinde- und  
Stadtentwicklung



Hinweise:

Gem. § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrensmängel und Formvorschriften und der Abwägung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Abweichend hiervon kann die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften auch nach Ablauf der Jahresfrist von jedermann geltend gemacht werden, wenn der Bürgermeister dem Satzungsbeschluss nach § 43 der Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Satzungsbeschluss beanstandet hat oder ein anderer die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften innerhalb der Jahresfrist geltend gemacht hat.